

Westfälische Nachrichten

Jahrgang 1 / Nr. 14

Veröffentlicht unter Zulassung Nr. 77 der Militärregierung

Mittwoch, 18. September 1946

Glückauf der CDU

Die erste freie Wahl seit 14 Jahren ist nun in Westdeutschland vorüber. Soweit bekannt, haben rund 70 Prozent der Wahlberechtigten abgestimmt. Weder das neue, in Deutschland unbekannte Wahlverfahren noch die wirtschaftliche Not konnten die Wähler hindern, ihre Staatsbürgerpflicht zu erfüllen. Das ist ein sicheres Zeichen für den politischen Lebenswillen unseres Volkes und ein untrügliches Verlangen nach einer Selbstverwaltung und Selbstregierung!

Die CDU ist in der Provinz Westfalen als stärkste Partei aus dieser Wahl hervorgegangen. Die Blockparteien haben uns den Kampf nicht leicht gemacht. Um so größer ist unsere Freude über den erlangten Erfolg.

Allen, die durch ihre opferfreudige Mitarbeit und Gesinnung zu diesem Erfolg beigetragen haben, danke ich im Namen des Provinzialvorstandes recht herzlich. Aber auch jenen politischen Gegnern möchte ich danken, die durch ihre persönliche und gehässige Kampfesweise ihr Teil zu unserem Siege ungewollt beigetragen haben.

Die Christlich-Demokratische Union ist innerhalb eines Jahres an Kraft gewachsen, an Zahl und Bedeutung! Trotzdem dürfen wir nicht ruhen und rasten, denn am 13. Oktober sind die Wahlen zu den Kreistagen und den Stadtverordnetenversammlungen. Parteifreunde in Stadt und Land! Wir ermuntern nicht, wir rufen zur zweiten Entscheidung am 13. Oktober!

Driburg, den 16. September 1946.

Johannes Gronowski,

1. Vorsitzender
der Christlich-Demokratischen Union
für die Provinz Westfalen.

„Eine dreiste Lüge“

WN Münster, 17. Sept. In den letzten Tagen vor der Wahl wurde in Wahlversammlungen von Gegnern der CDU das Gerücht ausgestreut, daß der Rektor der Westfälischen Landesuniversität, Prof. Dr. Schreiber, von der CDU zum Zentrum übergetreten sei. Auf unser Befragen erklärte Prof. Dr. Schreiber diese Behauptung als „eine dreiste und plumpe Lüge“.

Landtag 2. Oktober

Düsseldorf, 17. Sept. (Eig. Meldung) Der Ministerpräsident Dr. Amelunxen hat den neugebildeten Landtag des Landes Nordrhein-Westfalen zum 2. Oktober zu einer ersten Sitzung zusammenberufen. Die Sitzung findet im Düsseldorfer Opernhaus statt. Nach der Konstituierung des Landtages und der Wahl des Präsidenten wird Ministerpräsident Dr. Amelunxen eine Regierungserklärung abgeben.

Urteil erst am 30. September

Nürnberg, 17. Sept. (DPD) Die Urteilsverkündung im Nürnberg-Prozess wird um eine Woche verschoben und findet nunmehr am 30. September statt, wie am Dienstag in Nürnberg amtlich mitgeteilt wurde.

Nach mehr als 400 Sitzungen hatte sich der Nürnberger Gerichtshof, der seit November 1945 arbeitet, am 31. August 1946 vertagt.

Für den Entscheid, die Urteilsverkündung erst am 30. September zu vollziehen, wurde keine weitere Erläuterung gegeben. Allgemein wird jedoch die Ansicht vertreten, daß es den vier Richtern und ihren Assistenten nicht gelungen sei, die Flut des durch Reden erbrachten und dokumentarisch belegten Beweismaterials rechtzeitig zu sichten, um den früheren Termin innehalten zu können.

Molotow stützt polnische Ansprüche

„Keine Revision der polnisch-deutschen Grenze“

Paris, 17. Sept. Auf die Bitte eines polnischen Korrespondenten, den Standpunkt der Sowjetregierung zur polnischen Westgrenze im Zusammenhang mit der Stuttgarter Byrnes-Rede klarzumachen, sagte der russische Außenminister Molotow: „In seiner Stuttgarter Rede erklärte Molotow, die Leiter der amerikanischen, britischen und russischen Regierungen beschlossen in Potsdam, dem polnischen Staat die Verwaltung Schlesiens und anderer ehemaliger deutscher Ostprovinzen zu übertragen. Aber Byrnes behauptete, daß diese Regierungen damals nicht beschlossen hätten, irgendeine spezielle Gebietsabtretung an Polen bei der Friedensregelung zu unterstützen, und daß der endgültige Lösung des Problems bestimmt werden solle. Hier muß bemerkt werden, daß die französische Regierung zu einer solchen Lösung ihre Zustimmung gegeben hat. Welche Bedeutung von der Berliner Konferenz dem Entscheid über die neuen polnischen Westgrenzen beigegeben wurde, geht aus folgendem hervor: Daß nämlich auf dieser Konferenz noch ein anderer Beschluß gefaßt wurde, der sich auf die Ausweisung der deutschen Bevölkerung aus dem Polen zugesprochenen Gebiet bezog.“

„Die Beschlüsse der Berliner Konferenz blieben nicht auf dem Papier stehen“, betonte Molotow. „Sofort nach der Konferenz begann ihre Verwirklichung. Länger als ein Jahr lief die polnische Westgrenze auf der Linie Swinemünde—Oder—westliche Neisse.“ Für die evakuierten Deutschen kamen Polen aus anderen Provinzen Polens. Einige Millionen haben sich in den westlichen polnischen Gebieten angesiedelt. All dies ist den Vertretern der USA. ebenso bekannt,

Eindeutiges Ergebnis der Gemeindewahlen:

CDU stärkste Partei!

Ueberzeugender Wahlerfolg der Oppositionspartei in Nordrhein-Westfalen

Dortmund, 17. Sept. (DPD) Das amtliche Endergebnis für die Wahlen in der Provinz Westfalen ist mit Ausnahme des Landkreises Steinfurt festgestellt. Im Kreise Steinfurt ist eine englische Kommission eingesetzt, die eine Nachprüfung der Wahlergebnisse eines Ortes begonnen hat. Das jetzige Ergebnis kann sich aber nur unwesentlich, man rechnet mit 20—30 Sitzen, ändern.

Für die Gemeindewahlen in der Provinz Westfalen einschließlich zweier Kreise des Landes Lippe werden folgende Zahlen bekanntgegeben:

Wahlb.	1 765 791
Gew. haben	1 320 475
CDU.	2 381 098 — 6596 Sitze
SPD.	1 853 848 — 3281 Sitze
KPD.	294 174 — 149 Sitze
FDP.	116 632 — 171 Sitze
Ztr.	275 878 — 825 Sitze
Unabh.	326 209 — 2532 Sitze

Als Ergebnis der Amtswahlen wurden folgende Zahlen bekanntgegeben:

Wahlb.	1 082 386
Gew. haben	789 646
CDU.	1 196 836 — 1712 Sitze
SPD.	658 302 — 876 Sitze
KPD.	153 939 — 31 Sitze
FDP.	56 646 — 31 Sitze
Ztr.	138 680 — 245 Sitze
Unabh.	90 831 — 183 Sitze

Beiden Gemeindewahlen in Westfalen waren 24 487 Personen von der Wahl ausgeschlossen, bei den Amtswahlen in Westfalen waren es 15 282 Personen.

Nordrheinprovinz

Ein vorläufiges Ergebnis der Gemeindewahlen in Nordrhein ergibt folgende Stimmverteilung:

CDU	2 738 727
SPD	1 268 264
KPD	355 399
Zentrum	225 082
FDP	95 657
Rhein. Volkspartei	2 857

Konserv.	2 540
Unabh.	410 754
Sonstige	21

Insgesamt wurden in dem Gebiet der ehemaligen Nordrheinprovinz 10 398 Vertreter gewählt. Davon entfallen auf:

CDU	6 773
SPD	1 212
KPD	135
Zentrum	433
FDP	59
Rhein. Volkspartei	2
Konserv.	3
Unabh.	1 785

Oldenburg

CDU.	143 615 — 513 Sitze
SPD.	119 152 — 205 Sitze
KPD.	9 815 — 6 Sitze
FDP.	58 283 — 201 Sitze
Unabh.	18 872 — 47 Sitze

Schleswig-Holstein

CDU.	965 280 — 2603 Sitze
SPD.	1 066 737 — 2158 Sitze
FDP.	215 183 — 423 Sitze
KPD.	132 055 — 25 Sitze
D. Kons. P.	16 472 — 17 Sitze
Unabh.	643 747 — 2662 Sitze

Hannover

CDU.	687 545 — 2 144 Sitze
SPD.	1 955 422 — 8 759 Sitze
KPD.	192 937 — 727 Sitze
FDP.	179 440 — 594 Sitze
NLP.	1 079 181 — 4 962 Sitze
Ztr.	90 042 — 434 Sitze
Unabh.	1 244 694 — 13 908 Sitze

Ueberwältigende christl.-soziale Mehrheit

Wahlverlauf in der französischen Zone — Fiasko der Anschließpartei an Frankreich

Baden-Baden, 17. Sept. (DPD) Aus den vier Ländern der französischen Besatzungszone liegt am Montagabend folgendes vorläufiges Gesamtergebnis vor:

Wahlberechtig	3 299 135
gewählt haben	2 860 406
gültige Stimmen	2 719 005
Christlich-Soz. Partei	1 273 574
Sozialistische Partei	568 487
KPD	180 466
Demokratische Partei	87 015
Sonstige	537 849

Nach bisherigen Ergebnissen sind von 461 653 abgegebenen Stimmen im Saargebiet 5532 Stimmen für die Anschließpartei an Frankreich abgegeben worden.

Nach vorliegendem Bericht zum Wahlverlauf vollzog sich die Wahl in der französischen Zone in würdigen, wenigstens auch gemächlichen Formen, ohne Hast und ohne Störungen. Das endgültige Ergebnis der Wahlen dürfte noch einige Tage auf sich warten lassen, denn in den Gemeinden, in denen die Wahl ergebnislos verliefen sollte, muß am 29. September eine Nachwahl erfolgen.

Den Angehörigen der Besatzungstruppen in der französischen Zone war es streng untersagt, sich auch nur in der Nähe von Wahllokalen oder gar in ihnen selbst aufzuhalten. Mit dieser Maß-

nahme sollte auch der leiseste Anschein irgendeiner Beeinflussung der Wahl durch die Besatzungsmacht vermieden werden. Schon während des Wahlkampfes betrachteten die französischen Besatzungsbehörden Wahlvorbereitungen und Wahlversammlungen als ausschließlich innerdeutsche Angelegenheit. Jede Einmischung durch Franzosen war verboten. Wenige Direktiven und Weisungen waren für den Wahlkampf ergangen und wurden getreulich befolgt. So durften in den Wahllokalen keine Maßnahmen alliierter oder französischer Behörden fehlgeleitet werden. Die Probleme Saar, Rhein, Ruhr und Deutsche Einheit galten als allgemein bekannt und brauchten daher nicht diskutiert zu werden. Auch über Separatismus und Föderalismus wurde nicht gesprochen. Die wichtigsten Probleme waren die des deutschen Staatsaufbaues und des Wiederaufbaues.

Das Bild am Wahltag erhielt seinen besonderen Charakter dadurch, daß an den Hauswänden keine Wahlplakate zu sehen und zwischen den Häuserzeilen keine Transparente angebracht waren. Weder eine geschlossene Faust noch Elendsdarstellungen fand man an den Kiosken, Litfassäulen und anderen Plakatauslagern.

Dem gemeinsamen Aufruf aller vier Parteien, die Auswüchse bei den Wahlkämpfen vor 1933 im neuen demokratischen Aufbau unbedingt zu vermeiden, ist im vollen Umfange entsprochen worden. Weder in den Versammlungen noch auf Straßen, Plätzen und in den Lokalen hat sich ein Zwischenfall ereignet.

So wie sich das Fehlen der Jugend bei den Wahlversammlungen der Parteien bemerkbar gemacht hatte, waren auch nur wenige Jugendliche in den Wahllokalen zu sehen. Der Eindruck war vorherrschend, daß die Gemeindewahlen in der französischen Zone lediglich eine Angelegenheit der älteren Generation waren.

„Bezeichnend ist der Fehlschlag der KPD“

Die „Times“ über die Bedeutung der Wahl für die weitere Entwicklung

London, 16. Sept. Die ersten vorliegenden Ergebnisse der Wahlen in der britischen Zone veranlassen die Londoner „Times“, in einem Leitartikel am Dienstag zu diesen Wahlen Stellung zu nehmen und auf ihre grundsätzliche Bedeutung hinzuweisen. Die „Times“ schreibt u. a.: „Es ist noch zu früh, endgültige Rückschlüsse aus den Gemeindewahlen zu ziehen, die am Sonntag in der britischen Zone stattgefunden haben. In erster Linie waren diese Wahlen nur Wahlen für die kleinsten Einheiten demokratischer Regierungen, es waren nur Gemeindewahlen.“

Eines der bezeichnendsten Ergebnisse, soweit sie bis jetzt bekannt sind, ist der Fehlschlag der Kommunisten, die nur etwa ein Prozent der Stimmen und der Sitze erhalten haben. Ein anderes hervorstechendes Merkmal der Wahlen ist der Erfolg der unabhängigen Kandidaten. Dies ist in einem gewissen Maße dem Argwohn zuzuschreiben, mit dem die Deutschen von heute die Ansichten aller politischen Parteien ablehnen. Das wiederum ist eine Haltung, die alle diejenigen, welche auf ein Wiedererwachen einer persönlichen Urteilsbildung in Deutschland hoffen, nicht ohne weiteres ablehnen können. In stärkerem Maße aber ist dieser Erfolg der Unabhängigen darauf zurückzuführen, daß bei den

Ruhig und ohne erwähnenswerte Störungen haben die Wahlen im Westen ihren Abschluß gefunden.

Der motorisierte Wahlschleppdienst der Parteien hielt sich in mäßigen Grenzen. Die letzten Stunden vor Abschluß der Wahlen brachten besonders in den größeren Orten den stärksten Andrang zu den Wahlurnen. Punkt 18 Uhr wurden die Wahllokale geschlossen.

In den westfälischen Orten des Ruhrgebietes zeigte das Stimmungsbarometer am Wahltag in den ersten Vormittagsstunden keine sichtbaren Zeichen besonderen Auftriebs. Mit der Ruhe, die dem westfälischen Menschencharakter eigen ist, vollzog sich auch das Wahlgeschäft.

Noch in letzter Minute vor der Entscheidung haben die Parteien der Wahlstimmung durch Einsatz aller Propagandamittel Aufschwung zu geben versucht. Dabei fiel besonders die Rührigkeit der SPD auf, die mit einem nach der Stoppuhr durchgeführten Minuten-Redeprogramm ihrer namhaften Vertreter noch einmal an das Gewissen ihrer Anhänger auch in den kleinsten Orten appellierte.

Als „Ueberraschungssieg der anderen“ kommentiert als erstes Blatt der Landeshauptstadt Düsseldorf die kommunistische „Freiheit“ die Wahlergebnisse vom Sonntag, die sie als „unerwartet schlecht“ für die Arbeiterschaft bezeichnet.

Während die Sozialistischen Linksparteien ihre Stimmen von vor 1932 nicht wieder hätten erreichen können, haben nach Ansicht der „Freiheit“ das rechtsstehende Bürgertum die reaktionären, fortschrittsfeindlichen Kräfte unter der Maske der Unabhängigkeit den entscheidenden Einfluß in den Gemeinden und kleinen Städten erhalten. Nach Ansicht des kommunistischen Blattes würden nunmehr „die ohnehin schon ins Maßlose gehenden Machtansprüche der CDU noch weiter steigen“. Als neue Klassenkampfpartei des um seinen Besitz bangenden Bürgertums trete die CDU gegen die Sozialistische Arbeiterschaft in die Arena. Durch die fehlende Einheit der Arbeiterparteien in der britischen Zone sei das Ausmaß des bürgerlichen Wahlerfolges überhaupt erst ermöglicht worden.

Ein Korrespondent des Deutschen Pressedienstes berichtet aus Westfalen, daß man im Umkreis der Wahllokale häufig auf diskutierte Gruppen traf, die sich mit Eifer über die Aussichten der Kandidaten unterhalten hätten. Daraus gehe hervor, daß die Besonderheit dieser Wahl vielen Wählern anscheinend erst im Wahlgang selbst offensichtlich geworden ist, als sie nämlich erkannten, daß nicht die Parteien in ihrem ideologischen Gesamtbegriff zur Auswahl standen, auch nicht deren namhafte Vertreter und Wortführer, sondern jene Menschen, die sie zumeist aus nachbarlichem Dasein kennen.

Um die Ruhrkohle

Britisch-französische Gegensätze

Paris, 17. Sept. (DPD-Reuter.) Der Bericht britischer, französischer, amerikanischer und russischer Sachverständiger über die Förderung von Ruhrkohle, der dem alliierten Kontrollrat unterbreitet worden ist, wurde noch nicht veröffentlicht, weil zwischen Großbritannien und Frankreich Meinungsverschiedenheiten über die Verteilung der Ruhrkohle bestehen, wie an zuständiger Pariser Stelle mitgeteilt wurde.

Die beiden Länder bemühen sich um ein Kompromiß, so heißt es weiter. Frankreich verlange, daß die Ausfuhr von Ruhrkohle nach Frankreich unverändert bleibe, weil die französische Industrieproduktion empfindlich unter dem Kohlenmangel leide. Großbritannien wolle dagegen die Kohlenlieferung zeitweilig kürzen, damit die deutsche Industrie genügend Kohlen erhalten könne.

Die kommunistische „Humanité“ verlangt, daß die französischen Interessen vor den deutschen den Vorrang erhalten. Nach weiteren Angaben dieser Zeitung gehen nur zwei Prozent der Ruhrkohle nach Frankreich, während 45 Prozent in Deutschland bleiben.

„Bezeichnend ist der Fehlschlag der KPD“

Die „Times“ über die Bedeutung der Wahl für die weitere Entwicklung

Gemeindewahlen lokale Gesichtspunkte und auch örtlich bekannte Persönlichkeiten wichtiger sind als Parteinteressen.

Die Wahlen in der britischen Zone stellen einen Meilenstein dar, sowohl in der Wiederherstellung des politischen deutschen Lebens, als auch in der Entwicklung der Alliierten Kontrolle. Niemand wird das Erreichen dieses Meilensteines mit größerer Befriedigung begrüßen, als die britischen Behörden in Deutschland, denn diese Wahlen stellen nicht nur den Höhepunkt vieler geduldiger und ins einzelne gehender Arbeit dar, sondern auch einen neuen Schritt in dem Verhältnis der britischen Behörden zu den örtlichen deutschen Stellen. Die Wahlen haben nicht zuletzt auch die britische Politik gerechtfertigt, den Deutschen soviel wie möglich verwaltungsmäßige Funktionen zu übertragen. Die Geschwindigkeit, mit der das jetzt geschehen kann, kann vermehrt werden, da demokratisch gewählte deutsche Behörden existieren, denen diese Verwaltungsaufgaben übertragen werden können.

In gleicher Weise sollten diese örtlichen Wahlen in ganz Deutschland einen Wendepunkt in der Entwicklung der Alliierten Kontrolle in Richtung auf die Behandlung Deutschlands als Einheit darstellen.

Der erste Schritt

Die erste Wahlschlacht in der britischen Zone ist geschlagen. Der Wahlakt selber hat sich reibungslos vollzogen. Nirgends wurde, soweit bekannt geworden ist, der Wahlverlauf erheblich gestört. Überall konnte die Stimmabgabe frei und geheim erfolgen. Die Wahlbeteiligung war mit ca. 75 Prozent nicht überwältigend groß, liegt jedoch auf einer Höhe, wie sie in Anbetracht aller Umstände wohl als normal betrachtet werden kann und wie sie einigermaßen auch dem Durchschnitt entspricht, den man bei entsprechenden Wahlvorgängen in anderen demokratischen Ländern gewöhnt ist und wie er ebenfalls einigermaßen bei Kommunalwahlen in der Weimarer Periode zu verzeichnen war.

Es ist klar, daß bei der Eigenart der Gemeindevahlen und des Wahlmodus, der hier zum erstenmal angewandt wurde, kein absolut zuverlässiges Bild der Stärke der politischen Parteien aus dem Wahlergebnis zu gewinnen ist. Die außerordentlich große Zahl der Stimmen, die bei den Gemeindevahlen für parteiunabhängige Kandidaten abgegeben wurde, läßt das nicht zu. Es hat auch keinen großen Zweck, sich auf Ratschläge darüber zu verlassen, wohin diese Stimmen bei kommenden Landtagswahlen fließen werden. Nur soviel dürfte feststehen, daß der größte Teil dieser Stimmen in den ländlichen Gegenden, in denen gewählt wurde, nicht politisch den marxistischen Parteien zu zählen sein dürfte. Es ist eine Tatsache, daß die Wähler marxistischer Parteien im allgemeinen eher geneigt sind, der Parteiparole zu folgen, als die Wähler, die politisch den sogenannten bürgerlichen Gruppen nahe stehen. Ebenso wenig scheint es begründet zu sein, die für Parteilose abgegebenen Stimmen summarisch den früheren Rechtsparteien oder auch allen jenen zuzuschreiben, die noch keinen festen politischen Standort gefunden hätten. Auch geht es nicht an, die vielen Hunderttausende von Wählern, die ihre Stimme unabhängigen Persönlichkeiten gegeben haben, von parteipolitischen Standpunkt einfach als politisches Treibholz abzutun.

Vielmehr haben viele Kreise dieser Wähler sehr wohl einen politischen Standort. Sie haben in diesem Falle nur von ihrem Recht als unabhängige Wähler Gebrauch gemacht und haben die Persönlichkeit gewählt, die sie unter den Gesichtspunkten des örtlichen Gemeinwohls für geeignet hielten, als etwa eine andere, die ihnen diese oder jene Partei vorschlug.

In dieser Hinsicht können die gleichzeitig mit den Gemeindevahlen in den westfälischen Ämtern durchgeführten Amtswahlen einen bemerkenswerten Fingerzeig geben. Hier zeigt sich allerdings, wie schon bemerkt, für die ländlichen Bezirke, daß die Wähler, die in den Gemeinden für parteilose Kandidaten stimmten, sehr wohl einen politischen Standort haben; denn sie haben tatsächlich bei den Amtswahlen ihre Stimme zum großen Teil für politische Parteien abgegeben. An dem Beispiel des Wahlergebnisses der Regierungsbezirke Münster mag das gezeigt werden:

Hier erhielten bei den Gemeindevahlen SPD, 9,33 Prozent, CDU, 61,03 Prozent, KPD, 0,92 Prozent, FDP, 0,88, Zentrum 18,03 Prozent. Unabhängige 10,51 Prozent. Bei den Amtswahlen dagegen wurden abgegeben: 10,44 Prozent für die SPD, 63,77 Prozent für die CDU, 1,11 Prozent für die KPD, 0,46 Prozent für die FDP, 17,10 Prozent für das Zentrum und nur 1,12 Prozent für Parteilose.

Der weitaus größte Prozentsatz dieser Wähler parteiunabhängiger Kandidaten bei den Gemeindevahlen wählte also bei den Amtswahlen politisch. Von den 10,51 Prozent, die die parteiunabhängigen Kandidaten bei den Wahlen erhalten hatten, gingen nicht weniger als 9,39 Prozent bei den Amtswahlen auf die politischen Parteien über. Prüft man nun den Prozentsatz nach, zu dem diese Wähler bei den Amtswahlen den einzelnen Parteien zufließen, so ergibt sich, daß 1,11 Prozent zur SPD übergangen, 2,74 Prozent zur CDU, 0,11 Prozent zur KPD, 1,07 Prozent zum Zentrum. Mehr als die Hälfte der Stimmen, die bei den Gemeindevahlen für parteilose Kandidaten abgegeben waren, ist also bei den Amtswahlen den politischen Parteien zugute gekommen, und diese Stimmberechtigten haben damit gezeigt, bei welcher Partei sie bei den kommenden großen Wahlen die Geldentwertung ihres politischen Willens als am besten gegeben erachten. Es liegt, wie schon gesagt, auf der Hand, daß man das hier in Erscheinung tretende Ergebnis nicht unbeschadet auf andere, z. B. großstädtische Bezirke übertragen kann. Immerhin bietet es einen Anhaltspunkt.

Im allgemeinen kann man sagen, daß das Wahlergebnis den gehegten Erwartungen entspricht. Die CDU ist als die zahlenmäßig stärkste Partei in der gesamten englischen Zone und ebenfalls im Lande Nordrhein-Westfalen hervorgegangen. Die SPD hat in Anbetracht der Tatsache, daß es sich hier um Wahlen der Landgemeinden handelte, einen beachtlichen Stimmenerfolg erzielt, während die KPD einen Mißerfolg zu verzeichnen hat, der in Anbetracht der aufgewandten Agitationsmittel als niederschmetternd erscheinen muß.

Auch diejenigen, die von den jetzigen Kommunalwahlen einen durchschlagenden Erfolg für das neue Zentrum zum mindesten in Teilgebieten Westfalens und der Rheinprovinz erwartet hatten, sehen sich einer schweren Enttäuschung gegenüber. Wenn überhaupt, so mußten die Anhänger des neuen Zentrums bei diesen ländlichen Gemeindevahlen in den früheren Domänen des Zentrums den entscheidenden Durchstoß für die neue Partei erhoffen. Hier waren für sie alle günstigen Vorbedingungen gegeben, hier war die Zentrumstradition in der älteren Generation am stärksten ausgeprägt, hier mußte der Durchstoß erzielt werden, der die Voraussetzung dafür schaffte, mit einer gewissen Erfolgsaussicht in den Wahlkampf um die Großstädte und Kreisparlamente einzutreten. Die Wahlschaff hat bewiesen, daß sie im richtigen Instinkt auf die Dauer nur von den großen Parteien die Vertretung ihrer politischen und weltanschaulichen Grundsätze erfolgreich gesichert sieht. Damit hat sie zugleich einen Beweis politischer Reife und Einsicht gegeben, der im Hinblick auf eine gesunde politische Entwicklung in den Ländern sowohl wie im Reich aufrecht begrüßt werden kann.

Es wäre verfrüht, aus dem jetzt vorliegenden Wahlergebnis bereits weitgehende politische Konsequenzen ziehen zu wollen. Indessen können und müssen bestimmte politische Folgerungen bereits jetzt daraus gezogen werden. Das gilt z. B. im Hinblick auf eine aktuelle Frage, nämlich der Besetzung der Ministerialdirektoren-Posten in unserem Lande Nordrhein-Westfalen. In einer

Keine Änderung der USA-Außenpolitik

Präsident Truman mißbilligt die Rede des Handelsministers Wallace

New York, 17. Sept. (DPD-Reuter.) Der USA-Handelsminister Wallace sprach sich in New York für eine Distanzierung der USA von Großbritannien aus. In einer Ansprache vor einer Versammlung des „Aktionskomitees der Linken“ erklärte Wallace, daß zwar z. Z. weder Großbritannien noch Rußland den Krieg wollten, daß aber ihre Politik geradezu in den Krieg führen könne, wenn die Vereinigten Staaten dem nicht mit einer klar durchdachten, den tatsächlichen Verhältnissen angepaßten eigenen Politik begegneten.

Hierzu sei es nötig, daß die Vereinigten Staaten die Weltangelegenheiten nicht durch britische Augen betrachten. Wallace hob hervor, man könne nicht mit Rußland zu einer Verständigungsgrundlage gelangen, indem man sich einfach „auf die Hinterbeine stelle“, denn Rußland tue das dann erst recht. „Wir mögen“, so sagte er, „die Politik der Bodenreform, der industriellen Expropriation und der Unterdrückung aller Grundrechte mißbilligen, die Rußland in Osteuropa treibt. Aber ob wir sie billigen oder nicht, die Russen sozialisieren ihre Einflußsphäre, wie wir die unsrige demokratisieren.“

Wallace erklärte, er glaube an die Möglichkeit der Zusammenarbeit mit Rußland. Es komme darauf an, in Rußland die Überzeugung zu wecken, daß die Vereinigten Staaten ihr Hauptziel weder in der Verteidigung des britischen Empire noch in dem amerikanischen Imperialismus im vorderen Orient sehen. „Die Vereinigten Staaten“, so führte er aus, „wollen Frieden mit Rußland, erwarten aber, daß dieses ihnen auf halbem Wege entgegenkomme.“

Präsident Truman erklärte auf einer Pressebesprechung, daß er lediglich das Recht des Ministers Wallace gebilligt habe, eine Rede zu halten. „Ich wollte nicht zu verstehen geben“, sagte Truman wörtlich, „daß ich die Wallace-

Rede als eine amtliche Erklärung über die auswärtige Politik der Vereinigten Staaten billigte.“ Es ist in der festgelegten Außenpolitik unserer Regierung keine Änderung eingetreten.

Die Erklärung des USA-Präsidenten wird in Washington-Kreisen als politischer Triumph des Außenministers Byrnes über den Handelsminister Wallace und als Triumph für das USA-Außenministerium gedeutet. Der Wahlkampfleiter der republikanischen Partei Clarence Brown bemerkt, daß die Rede selbstverständlich vorwiegend innerpolitische Zwecke hätte und als ein Versuch zu werten sei, sein Bündnis mit den radikalen Elementen solider zu gestalten und hierauf seine künftige politische Tätigkeit aufzubauen.

Zu der Rede des amerikanischen Handelsministers Wallace, stellt die Londoner „Sunday Times“ fest, Wallace mache den gleichen Fehler, den die Isolationisten machten, als sie Hitler seinen Willen ließen. Sie hätten laut vom britischen und französischen Imperialismus geträumt und seien schließlich aufgewacht, als der ganze europäische Kontinent von einer aggressiven Diktatur gegen sie zusammengefaßt war. Bevin habe in seinem kleinen Finger mehr natürliche Diplomatie als einige seiner Kritiker in ihrem ganzen Leibe.

USA-Kriegsminister für „Nationalgarde“

Washington, 17. Sept. (DPD-Reuter.) Der amerikanische Kriegsminister Patterson sprach sich bei einer Kriegsgedächtnisfeier in Pennsylvania für eine starke Nationalgarde aus, die einen Rückhalt für die reguläre Friedensarmee bilden soll. Nach Meinung des amerikanischen Kriegsministers ist eine starke Verteidigung die beste Sicherung gegen einen Krieg. Eine Abrüstung der USA würde die Vereinigten Staaten nicht aus einem Kriege heraushalten können, wenn die anderen Großmächte nicht abrüsten würden.

Wahlen in Mecklenburg und Brandenburg

Nur wenig Ortsgruppen der CDU und LDP zugelassen

Berlin, 17. Sept. In der russischen Zone folgten auf die Wahlen im Bundesland Sachsen, im Land Thüringen und in der Provinz Sachsen am vergangenen Sonntag die Gemeindevahlen in Mecklenburg und in der Provinz Brandenburg.

Mecklenburg-Vorpommern:			
Wahlbez.	1159 162		
gewählt haben	1073 668		
ungültig	100 544		
SED	677 177		
CDU	162 730		
LDP	102 540		

Die Wahlbeteiligung betrug 92,6 %. Eine Aufteilung in Städte und Landkreise zeigt folgende Ergebnisse:

SED	101 977	SED	575 206
CDU	46 788	CDU	115 962
LDP	55 333	LDP	47 207

Mark Brandenburg:			
Wahlbez.	1 620 192		
gültig	1 368 867		
SED	820 600		
LDP	236 287		
CDU	259 038		

Das Gesamtergebnis der Mark Brandenburg umfaßt die Einzelergebnisse von 2096 Gemeinden. Aus der Mark Brandenburg liegt eine Zwischenzählung vor, von den Orten, in denen SED, LDP und CDU gleichzeitig vertreten sind, und wo nach CDU und LDP mehr Stimmen aufbringen als die SED.

SED	161 453
LDP	81 292
CDU	94 072

CDU und LDP konnten nicht mit großen Wahlerfolgen rechnen, da beispielsweise die CDU in Mecklenburg nur in rund 10 % aller Gemeinden und die LDP lediglich in 3 % der Gemeinden eigene Ortsgruppen gründen durften.

CDU und LDP sollen außerdem durch einige Maßnahmen in ihrer Propaganda-Möglichkeit beschränkt worden sein. Der stellvertretende Vorsitzende der LDP, Lieutenant, erhielt wegen einiger Bemerkungen zur Bodenreform Redeverbot. In Beeskow wurde nach einem Bericht des „Telegraph“ der Ortsvorsitzende der CDU verhaftet, weil er ein SED-Plakat, das über das Schild seiner Partei geklebt worden war, abgerissen hatte.

Mit Marschkolonnen, Platzmusik, Kinovorführungen, artistischen Vorstellungen und Tanzmusik versuchte die SED in Schwerin und in anderen Orten Mecklenburgs, auch die politisch Uninteressierten in ihren Bann zu ziehen. Die SED ließ Lautsprecherwagen durch die Straßen Schwerins fahren. Aus einem der Wagen erscholl die Parole: „Die Reaktion ist nicht tot, sie tarnt sich heute hinter LDP und CDU.“ In einem Flugblatt der SED hieß es: „Wählt CDU und LDP, sagen die, die wieder eine Brünning- oder Papendiktatur wollen.“ Häuserwände und Schaulust der Stadt waren über und über mit SED-Plakaten beklebt.

Der Wahlkampf in der Provinz Brandenburg ist bis in die letzten Tage vor dem Wahlsonntag mit Erbitterung geführt worden. In Zepher-

nick teilte die SED ihren Mitgliedern mit, daß jeder, der an der Schlußkundgebung am Samstag nicht teilnehmen würde, einen entsprechenden Vermerk im Parteibuch erhalten würde. In Neuholland wurde am Wahltag ein CDU-Angehöriger verhaftet, der ein Plakat mit der Aufschrift verbrannt hatte: „Armer Bauer ohne Kuh, wählt auch du die CDU.“

Eine große Mehrheit erhielt die CDU bei den Wahlen im Ort Klein-Machnow bei Berlin. Hier gehörte der zweite Vorsitzende der CDU der Ostzone, Ernst Lemmer, zu den Kandidaten. Von 7110 abgegebenen Stimmen konnte die CDU 5073 auf sich vereinen.

Gemeindevahlen in Schweden

Stockholm, 17. Sept. Das vorläufige Ergebnis der schwedischen Gemeindevahlen zeigt bei den Konservativen und den Sozialdemokraten einen Stimmenverlust und bei der Bauernpartei, der Volkspartei (liberal) und den Kommunisten eine Zunahme der Stimmen.

Die Wahlen sind insofern von besonderem Interesse, weil sie die ersten Nachkriegswahlen in Schweden nach dem Zusammenbruch der Koalitionsregierung im vorigen Jahr sind, die 14 Jahre lang bestanden hat. Das Wahlergebnis beeinflusst indirekt außerdem die Zusammensetzung des schwedischen Reichstags.

Um Frankreichs neue Verfassung

Volksabstimmung wahrscheinlich am 6. Oktober

Paris, 17. Sept. (DPD-Reuter.) Als Termin für die französische Volksabstimmung über die neue Verfassung wird jetzt der 6. Oktober genannt, so berichtet der Pariser Vertreter der „Sunday Times“ in seiner Zeitung. Die allgemeine Wahl würde bei Einhaltung dieses Termins — oder auch bei einer Verzögerung um eine Woche — am 16. November folgen.

Die verfassungsgebende französische Nationalversammlung verwarf mit 425 gegen 126 Stimmen einen Antrag der Rechten, dem Präsidenten das Recht zur Auflösung der Kammer zu geben, wenn das Kabinett ihn dazu auffordert. Die Versammlung beschloß, daß der Präsident während der ersten 18 Monate nach den Parlamentswahlen das Recht zur Auflösung überhaupt nicht, und danach nur unter bestimmten, einschränkenden Bedingungen haben soll.

Der Führer der „Gaullistischen Union“ René Capitan wirft den Kommunisten vor, sie wünschten durch diese Bestimmungen die Stellung der Parteien gegenüber der Exekutive zu stärken in der Hoffnung, eines Tages aus der Diktatur der Parteien die Diktatur einer Partei zu machen.

Einen Bürgerkrieg in Frankreich, dem ein neuer Weltkrieg folgen würde, sagte Capitan voraus, falls die neue Verfassung nach dem der Nationalversammlung vorliegenden Entwurf angenommen würde. Die derzeitigen Vorschläge seien „undemokratisch“ und nur darauf berechnet, den „Feudalismus der politischen Parteien“

Grunde erscheint eine Besetzung dieser Stellen ausschließlich nach Gesichtspunkten der jetzigen Koalition prinzipiell bedenklich. Sie erscheint es um so mehr, nachdem die eben abgehaltenen Wahlen gezeigt haben, auf wie schwachen Füßen das Kabinett Amelunxen parlamentarisch-politisch steht. Grundsätzlich kann überhaupt die Frage gestellt werden, ob diese Posten auf Grund parteipolitischer Aushandlung besetzt werden sollten. Jedenfalls aber kann mit größtem Recht verlangt werden, daß die endgültige Besetzung dieser Stellen bis zur Durchführung der Landtagswahl im Lande Nordrhein-Westfalen offen bleibt.

Eine weitere Sofortfolgerung aus dem jetzt vorliegenden Wahlergebnis wäre die Neufestsetzung der Auflagenhöhe für die Zeitungen der britischen Zone. Von Seiten der CDU ist immer wieder darauf hingewiesen worden, daß die den Zeitungen zugewilligten Auflagen keineswegs der parteimäßigen Zugehörigkeit der Bevölkerung entsprächen. Auf alle Beschwerden ist stets erwidert worden, daß nach Abhaltung der Wahlen hier eine Revidierung stattfinden werde. Unbeschadet des Ausfalles der Wahlen in den Großstädten und für die Kreistage am 18. Oktober hat die Bevölkerung schon jetzt das moralische Recht, hier eine der politischen Gerechtigkeit und Billigkeit entsprechende Neuregelung zu erwarten.

Kurznachrichten

Frankfurt. — Die amerikanische Militärregierung hat ein Ersuchen des süddeutschen Landrats auf Erhöhung der Kohlezuflüsse für den Eisenbahnverkehr der süddeutschen Länder abgelehnt. (DPD-Reuter.)

Wien. Der tschechoslowakische Ministerpräsident Gottwald hat sich in Prag für die Freundschaft der Tschechoslowakei mit Österreich ausgesprochen, da die Österreicher keine Deutschen seien. Der tschechoslowakische Bundesrat billigte die Entscheidung, in der Schweiz Atomforschungen durchzuführen. (DPD-Reuter.)

Kopenhagen. Dänemark wird das Ergebnis eines Volksentscheides anerkennen, bei dem die Färöer-Inseln mit einer schwachen Mehrheit für die Loslösung von Dänemark stimmten. (DPD-Reuter.)

Den Haag. Verhandlungen zwischen den holländischen und der britischen Regierung über die Ausfuhr von überschüssigem Gemüse in die britische Besatzungszone in Deutschland sind wieder aufgenommen worden. (DPD-Reuter.)

London. Winston Churchill wird am Donnerstag in der Universität Zürich über die Gegenwart und Zukunft Europas mit besonderer Berücksichtigung Deutschlands sprechen. (DPD-Reuter.)

London. General Eisenhower ist zusammen mit seiner Frau und seinem Sohn, dem Hauptmann John Eisenhower, vom britischen Königspaar eingeladen worden, während ihres Besuchs in Großbritannien bei ihnen im Schloß Balmoral zu wohnen. (DPD-Reuter.)

Liverpool. Das ehemalige deutsche Walfangmutterschiff „Unitas“ (21846 t), das als Walforscherschiff eingerichtet ist und mit einem Ladevermögen von 140 000 Faß Walöl zu den größten Frachtschiffen der Welt gehört, befindet sich unter dem Namen „Empire Victory“ im Besitz einer britischen Reederei in Leeds. (DPD-Reuter.)

Warschau. Die polnische Armee ist zur Zeit 150 000 Mann stark, nachdem sie seit Kriegesende von der damaligen Stärke von 650 000 Mann herabgesetzt worden ist.

Moskau. Moskau soll eine rauchfreie Stadt werden, sobald die Gaszufuhr groß genug ist, um Kohle- und Holzfeuerwerk durch Gasheizung zu ersetzen. (DPD-Reuter.)

Moskau. Die Sowjetregierung beschloß, die Preise für rationierte Waren zu erhöhen und für unrationierte Waren herabzusetzen. Das ist der erste Schritt für die vollständige Aufhebung des Rationierungssystems in der Sowjetunion, die für das Jahr 1947 vorgesehen ist. (DPD-Reuter.)

Washington. König Ibn Saud von Saudi-Arabien steht mit einer amerikanischen Firma wegen des Baues einer Eisenbahn in Unterhandlung. Die Eisenbahnlinie soll von dem Ölgebiet von Er-Rijad, dem Zentrum von Saudi-Arabien, nach Ras Tanura am Persischen Golf, in der Nähe der Bahrain-Inseln, führen.

Ottawa. Ein militärischer Übungsplatz für alle drei kanadischen Wehrmachtsteile soll in der Provinz Manitoba eingerichtet werden. Die kanadischen Truppen sollen mit Verteidigungsproblemen des Winterkrieges vertraut gemacht werden. Die USA werden an diesen Übungen teilnehmen.

Suva. Ein Vulkanausbruch verwüstete die allein liegende Insel von Niuatou in der Tongka-Inselgruppe im Pazifik. Teile der Insel sind vollkommen zerstört.

Der Dolmetscher ist schuld

Wyschinski beklagt sich über Wortverdrehung. Paris, 17. Sept. (DPD-Reuter.) Der stellvertretende sowjetische Außenminister Wyschinski, der kürzlich nach der Dolmetscher-Übersetzung seiner Rede vor dem politischen und territorialen Ausschuß für Italien erklärt hatte, die Italiener könnten besser laufen als kämpfen, beklagte sich in einem Brief an den Vorsitzenden des Ausschusses über eine große Verdrehung seiner Worte: Die Verbreitung dieser Version hat ihm bereits zwei Duellforderungen von italienischer Seite eingebracht.

Der Brief Wyschinskis lief als Antwort auf den Protest der italienischen Delegation gegen die angebliche Ausdrucksweise Wyschinskis im Ausschuß auf. Wyschinski führt die betreffende Stelle seiner Rede wörtlich an, um damit zu erheben, daß er nur gewisse italienische Generale wie Graziani, Messe und ähnliche gemeint habe. Er hätte sie im Zusammenhang mit Ereignissen des Jahres 1915 erwähnt.

zu verweigern. Die gaullistische Union, die von Millionen unterstützt werde, sei entschlossen, für eine demokratische Verfassung und eine starke Regierung in Frankreich zu kämpfen.

Byrnes über Österreich

Wien, 17. Sept. Der amerikanische Außenminister Byrnes hat nach einer Meldung aus Paris die Absicht, Wien zu besuchen und dort eine bedeutsame Rede über die zukünftige amerikanische Politik gegenüber Österreich zu halten.

Italien fordert sein Gold zurück

Paris, 17. Sept. (DPD-Reuter.) Italien forderte auf der Pariser Konferenz die Rückgabe des von den Deutschen gewaltsam außer Landes gebrachten Goldes. Diesen Anspruch machte der italienische Vertreter Tarchiani vor dem Wirtschaftsausschuß für Italien geltend, als er dort den italienischen Standpunkt vertrat.

Rekorderte trotz Wetterverschlechterung

Washington, 17. Sept. Die größte Ernte in der Geschichte der Vereinigten Staaten sagt das amerikanische Landwirtschaftsministerium in seinem neuesten Bericht über die Ernteaussichten voraus. Dem Septemberbericht zufolge hat zwar die Maisernte durch das ungünstige Wetter stark gelitten, so daß anstatt mit 88,5 Millionen Tonnen, die noch im August erwartet wurden, jetzt mit nur etwa 85,6 Millionen Tonnen gerechnet werden muß, gegenüber einem Ertrag von rund 81 Millionen der bisher besten Maisernte des Jahres 1944.

An Sommer- und Winterweizen sagt der Bericht wie bisher eine Rekorderte von etwa 31,7 Millionen Tonnen voraus, gegenüber der bisher größten Weizenerte des Jahres 1945 von 30,5 Millionen Tonnen.

La Guardia für FAO

Washington, 17. Sept. (DPD-Reuter.) Der Generaldirektor der UNRRA, La Guardia, warnte vor einer Opposition gegenüber der FAO-Organisation und ihrer Arbeit zur Bekämpfung des Hungers in der Welt. La Guardia sagte, daß es in den USA und in anderen Ländern eine Opposition der großen Nahrungsmittelproduzenten gegen den Gedanken einer Welt Ernährungsbehörde gebe. Diese Leute, so erklärte er, fürchteten um ihre Spekulationsgewinne, die mit der erstrebten Stabilisierung der Preise wegfallen würden.

Lisensträger: Frz. Bornfeld-Ettmann, Fr. L. Häfner, Dr. G. Hasenkamp — Hauptschriftleiter: Dr. Th. Frerker. — Verlag: Westfälische Nachrichten G.m.b.H., Münster (Westf.). — Auflage 80 000. — Schriftleitung: und Anzeigenabteilung: Münster, Prinzipalmarkt 13/14, und Oelde (Westf.), Rüggestraße 7/9. — Druck: E. Holtorf, Oelde. — Preis der einzelnen Ausgabe 30 Pfg.

Stadt

Chlor im Trinkwasser. finden sich im Trinkwassernetz durch Besetzung von Besatzungsnetzen durch Besatzungsnetze. Landes-Medizinallergien zuständige Abteilung ab Freitag dem Trinkwasser Menge Chlor zugesetzt, unschädlich zu machen. Geschmack muß solan werden, bis die Bakterien

Lachen ist gesund. I wiederholt am 19. 9. den Abend. Die Aufführung

Dritte Verlustliste

Die in Rundfunk und künftige dritte Verlustliste deutscher Wehrmacht. Jahren 1944/45 enthalten ist, daß die Angehörigen vom Tode erhalten haben. am 1. Zimmer 66, aus Volksbund deutscher Kriegeschauplätzen: c) Warthe (Russ. Kriegsgefangenen nach den von allen Volksbundes der deutschen V. angenommen. (L. sen. Nord-Hannover-K

Wahlsieg der

15 Sitze für die CDU

Der Wahlsonntag brachte den Wahlsieg der CDU. Der betrug insgesamt 4165 Stimmen von ihrem Stimmkreis. Das war ein Wahlsieg. Prozent entspricht. CDU erhielten die CDU 15 Gemeindeglieder. Die sind im Gemeindeglieder im folgenden die Namen der Vertreter und in Klammern Stimmen bekannt:

Wahlbezirk A: Hans (men); Röskenbleck. CDU (873), Hans Renning. CDU (793); L. H. Wahlbezirk B: Schol Alois König. CDU (76)

Zu ne

Die Wahlen am vergangenen Sonntag in der Kreis Borken im CDU. ergeben. Die mühselige Arbeit im vollen Herzen sprechen haben, meinen belegen nicht auf dem vielmehr unsere ganz verwenden, dem Gedank Borken weitgehendst lich gesinnten Herzen mit-Gott an die Arbeit

Hans Renzel, Kreis Alois Hassing, CDU (757).

Reserveliste (Zahl welcher die Sitze zu Maaß, CDU (2818); Hermann Haubold, CDU (1401); Sa. Hoppner, SPD (33).

Die Sitze für die wurden nach einem bei net und den Parteien

Die ersten freien umbruch liegen hinter seinen Plakatschlä und Rundfunkanspr letzter Stunde hatten an Häuser und Litten Wähler aufgefordert, jene Partei abzugeben

Am Morgen des W unbeständiges Wetter strahlendem Sonnens großer Teil der Wähler Nachtigall seiner den lange Schlangen waren gute Vorbereit daß der Wahlakt reib geführt werden konnte

Während der ganze Ben Betrieb, da die Militärrregierung auf

Hohes Alter.

Am 2. Ferdinand Heddie 89. Lebensjahr in voger Rüstigkeit. Als wger, von denen wurden, wird er i genannt und ist übermer zufriedener, ein F sein Gesundheitszustat ren Lebensjahren, diezen wünscht.

Das Heimatmuseum Ramsdort handlungen am Grd beschädigten Burg Rten Wochen wieder. Etwa drei Viertel bi ist erhalten. Der dr des übrigen Burgebb auf sich warten, obwand an Kosten un Unser Heimat- und A jahr durch mehrere staltungen seine i wieder aufnahm, w weitere Veranstaltung ihrer Heimat Vertu seine Tätigkeit forts

Weibliche Leiche wurde in Ramsdort Wasser angefüllten Leiche gefunden. S erdrosselt worden. befanden sich Dra einer Betonröhre b

Stadt Borken

Chlor im Trinkwasser. Wie wir mitteilen, befinden sich im Trinkwasser des städtischen Leitungssystems durch Beschädigung der Rohrleitung Verunreinigungen. Auf Anordnung des Landes-Medizinuntersuchungsamtes und der zuständigen Abteilung der Mil.-Regierung wurde ab Freitag dem Trinkwasser täglich eine geringe Menge Chlor zugesetzt, um die Krankheitskeime unschädlich zu machen. Der etwas unangenehme Geschmack muß solange in Kauf genommen werden, bis die Bakterien abgetötet sind.

Lachen ist gesund. Der Laienspielring Borken wiederholt am 19. 9. 1946, 20 Uhr, seinen lustigen Abend. Die Aufführung findet im Kinosaal Bresser statt.

Dritte Verlustliste deutscher Soldaten

Die in Rundfunk und Presse kürzlich angekündigte dritte Verlustliste, die Namen gefallener deutscher Wehrmachtangehöriger aus den Jahren 1944/45 enthält, bei denen anzunehmen ist, daß die Angehörigen noch keine Nachricht vom Tode erhalten haben, liegt beim Landratsamt, Zimmer 66, aus. Diese Liste, die vom Volksbund deutscher Kriegsgräberfürsorge herausgegeben worden ist, umfaßt a) Gräber in der Provinz Hannover; b) Gefallene von allen Kriegsschauplätzen; c) Gräber in Landsberg-Warthe (Russ. Kriegsgef.-Lazarett). Anträge auf Nachforschungen nach Soldatengräbern in Italien werden von allen Geschäftsstellen des Volksbundes der deutschen Kriegsgräberfürsorge e. V. angenommen. (Landesverband Niedersachsen, Nord-Hannover-Kleefeld, Kapellenstr. 7a)

Wahlsieg der CDU in Borken

15 Sitze für die CDU, 3 Sitze für die SPD

Der Wahlsonntag brachte der CDU den erwarteten Wahlsieg. Die Zahl der Wahlberechtigten betrug insgesamt 4165 Personen. 3205 Wähler haben von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht, was einer Wahlbeteiligung von insgesamt 77 Prozent entspricht. Auf Grund der Stimmabgabe erhielten die CDU 15 und die SPD 3 Sitze im Gemeinderat. Die Zentrumspartei und die KPD sind im Gemeinderat nicht vertreten. Wir geben im folgenden die Namen der neuen Gemeinderäte und in Klammern die für sie abgegebenen Stimmen bekannt:

Wahlbezirk A: Hans Wöste, CDU (899 Stimmen); Röskenbleck, CDU (878); Karl Kutsch, CDU (873); Hans Renzel, CDU (822); Th. Bebeling, CDU (793); L. Hellenkamp, CDU (791).

Wahlbezirk B: Scholthoff, CDU (774 Stimmen); Alois König, CDU (760); Th. Kranenburg, CDU

Zu neuer Tat!

Die Wahlen am vergangenen Sonntag haben im Kreise Borken einen eindeutigen Erfolg für die CDU ergeben. Das ist das Ergebnis unermüdlicher Arbeit im vergangenen Jahr. Aus vollem Herzen spreche ich allen, die mitgeholfen haben, meinen besten Dank aus. Wir wollen nicht auf dem Erfolg ausruhen; sondern vielmehr unsere ganze Kraft weiterhin darauf verwenden, dem Gedankengut der CDU, im Kreise Borken weitestgehenden Eingang in alle christlich gesinnten Herzen zu verschaffen. Weiterhin mit Gott an die Arbeit!

Hans Renzel, Kreisvorsitzender der CDU.

(748) Franz Nienhoff-Möhlmann, CDU (716); Alois Hassing, CDU (602); Anton Stevens, CDU (575).

Reserveliste (Zahl der Stimmen, auf Grund welcher die Sitze zugewiesen wurden): Anni Maaß, CDU (2818); Heinrich Kremer, SPD (2769); Hermann Haubold, CDU (1450); Franz Holtrichter, SPD (1401); Sahlmann, CDU (82); Max Höpner, SPD (83).

Die Sitze für die Kandidaten der Reserveliste wurden nach einem besonderen Schlüssel errechnet und den Parteien zugewiesen.

Die ersten freien Wahlen nach dem Zeitenumbruch liegen hinter uns. Der Wahlkampf mit seinen Plakatschlägen, Wahlversammlungen und Rundfunkansprachen ist vorbei. Noch in letzter Stunde halten die Parteien ihre Plakate an Häuser und Löffelstangen geklebt und die Wähler aufgefordert, ihre Stimmen für diese oder jene Partei abzugeben.

Am Morgen des Wahltages herrschte zunächst unbeständiges Wetter, das jedoch am Nachmittag strahlendem Sonnenschein Platz machte. Ein großer Teil der Wähler genützte daher erst am Nachmittag seiner Wahlpflicht. Zeitweise standen lange Schlangen vor den Wahllokalen. Es waren gute Vorbereitungen getroffen worden, so daß der Wahlakt reibungslos und schnell durchgeführt werden konnte.

Während der ganzen Nacht war auf den Straßen Betrieb, da die Sperrstunde durch Erlaß der Militärregierung aufgehoben war.

Blick in den Kreis

Ramsdorf

Hohes Alter. Am 20. September d. J. vollendet Ferdinand Heddier, gt. Schulze Seling, sein 89. Lebensjahr in voller körperlicher und geistiger Rüstigkeit. Als Letzlebender seiner 15 Geschwister, von denen drei Brüder 80 Jahre alt waren, wird er im Volksmund „Selling Pütohn“ genannt und ist über 60 mal Urobockel. Immer zufrieden, ein Freund der Kinder, bereichert sein Gesundheitszustand noch zu vielen weiteren Lebensjahren, die wir ihm von ganzem Herzen wünschen.

Das Heimatmuseum des Heimat- und Altertumsvereins Ramsdorf in der durch die Kriegshandlungen am Gründonnerstag 1945 ziemlich beschädigten Burg Ramsdorf wurde in den letzten Wochen wieder geordnet und inventarisiert. Etwa drei Viertel bis vier Fünftel des Bestandes ist erhalten. Der dringend nötige Wiederaufbau des übrigen Burgbaues läßt leider immer noch auf sich warten, obwohl dies ohne großen Aufwand an Kosten und Material möglich wäre. Unser Heimat- und Altertumsverein, der im Frühjahr durch mehrere sehr stark besuchte Veranstaltungen seine heimatpflegerische Tätigkeit wieder aufnahm, wird in diesem Herbst durch weitere Veranstaltungen, an denen auch die aus ihrer Heimat Vertriebenen teilnehmen sollen, seine Tätigkeit fortsetzen.

Weibliche Leiche aufgefunden. Am 8. 9. 1946 wurde in Ramsdorf-Holthausen in einer mit Wasser angefüllten Mergelgrube eine weibliche Leiche gefunden. Sie war mit einem Kopftuch erdrosselt worden. Am Hals und an den Beinen befanden sich Drahtschlingen, an denen Teile einer Betonröhre befestigt waren. Die Leiche

Großer Wahlsieg der CDU im Kreise Borken

Absolute Mehrheit in allen Ämtern und fast allen Gemeinden

Die gestrigen Gemeinde- und Amtswahlen im Kreise Borken brachten einen absoluten Wahlsieg der Christlich-Demokratischen Union. Wir geben im folgenden einen Gesamtüberblick über den Ausgang der Wahlen in den einzelnen Gemeinden und Dörfern des Kreises. Bei den Gemeinden, bei denen die Zahlen eingeklammert sind, erbrachte sich ein Wahlsieg, da dort nur so viele Kandidaten aufgestellt wurden, wie Gemeindevorteiler gewählt werden sollten.

Stadt Borken: Wahlber. 4165, 77 Proz., abgeg. Stimmzettel 3205, SPD 1137, CDU 9226, KPD 169, Zentrum 1036, Sitze: SPD 3, CDU 15.

Stadt Anholt: Wahlber. 1067, abgeg. Stimmzettel 813, SPD 1293, CDU 3813, Sitze: SPD 1, CDU 11.

Barlo: Wahlber. 588, 54,40 Proz., abgeg. Stimmzettel 326, SPD 61, Zentrum 1511, Sitze: Zentrum 12.

Herzebocholt: Keine Wahl, Unabhängig 6 Sitze.

Biemenhorst: Wahlber. 695, 77,5 Proz., abgeg. Stimmzettel 639, CDU 2490, Sitze: CDU 12.

Hemden: Keine Wahl, Zentrum 4 Sitze.

Holtwick: Wahlber. 324, 78,70 Proz., abgeg. Stimmzettel 258, CDU 1130, Unabh. 186, Sitze: CDU 8, Unabh. 1.

Liedern: Wahlber. 468, 65,60 Proz., abgeg. Stimmzettel 307, CDU 1290, Sitze: CDU 9.

Lohwieke: Wahlber. 677, 76 Proz., abgeg. Stimmzettel 615, CDU 2166, Unabh. 82, Sitze: CDU 12.

Mussum: Wahlber. 894, 88 Proz., abgeg. Stimmzettel 887, CDU 2613, Unabh. 217, Sitze: CDU 12.

Spork: Wahlber. 914, 64 Proz., abgeg. Stimmzettel 829, CDU 1494, Sitze: 9.

Stenern: Keine Wahl, Sitze: Zentrum 7, Unabh. 2.

Suderwich: Keine Wahl, Sitze: CDU 6.

Werth: Wahlber. 394, 88 Proz., abgeg. Stimmzettel 327, SPD 136, CDU 1414, Sitze: SPD 1, CDU 8.

Rhede: Wahlber. 2133, 80,2 Proz., abgeg. Stimmzettel 1763, SPD 1405, CDU 6315, Sitze: CDU 15.

Altrhede: Wahlber. 735, 80,5 Proz., abgeg. Stimmzettel 628, SPD 171, CDU 1944, Sitze: CDU 12.

Bülgern: Keine Wahl, CDU 6 Sitze.

Crommert: Keine Wahl, CDU 6 Sitze.

Kreching: Keine Wahl, Zentrum 4 Sitze.

Vardingholt: Keine Wahl, CDU 9 Sitze.

Raesfeld: Wahlber. 1462, 76,6 Proz., abgeg. Stimmzettel 1112, CDU 3915, Zentrum 2672, Sitze: CDU 8, Zentrum 4.

Marbeck: Wahlber. 839, 72 Proz., abgeg. Stimmzettel 583, CDU 1774, Unabh. 831, Sitze: CDU 9, Unabh. 3.

Grüthlohn: Wahlber. 291, 80 Proz., abgeg. Stimmzettel 234, CDU 289, Unabh. 721, Sitze: CDU 3, Unabh. 6.

Westenborken: Keine Wahl, CDU 2 Sitze, Unabh. 3.

Hemer: Keine Wahl, Sitze: Unabh. 6.

Rhedebrügge: Wahlber. 449, 61 Proz., abgeg. Stimmzettel 275, CDU 441, Unabh. 1071, Sitze: CDU 4, Unabh. 8.

Hoxfeld: Wahlber. 404, 76,98 Proz., abgeg. Stimmzettel 311, CDU 1173, Unabh. 132, Sitze: CDU 8, Unabh. 1.

Borkenwithe: Wahlber. 990, 73,93 Proz., abgeg. Stimmzettel 732, CDU 2641, Unabh. 1256, Sitze: CDU 10, Unabh. 2.

Heiden: Wahlber. 1796, 73,38 Proz., abgeg. Stimmzettel 1318, SPD 467, CDU 1892, Zentrum 2585, Sitze: CDU 10, Zentrum 8.

Groß-Reken: Wahlber. 1889, 62,94 Proz., abgeg. Stimmzettel 1189, SPD 290, CDU 3223, Unabh. 453, Sitze: CDU 12.

Hilsten: Wahlber. 373, 77,21 Proz., abgeg. Stimmzettel 288, CDU 689, KPD 29, Unabh. 459, Sitze: CDU 3, Unabh. 9.

Klein-Reken: Keine Wahl, Sitze: CDU 6.

Dingden: Wahlber. 1825, 85 Proz., abgeg. Stimmzettel 1545, SPD 1157, CDU 5253, Unabh. 39, Sitze: SPD 1, CDU 14.

Gemen-Stadt: Wahlber. 1102, 71,23 Proz., abgeg. Stimmzettel 785, SPD 1835, CDU 1724, KPD 270, Zentrum 173, Sitze: SPD 3, CDU 7.

Gemen-Kirchspiel: Wahlber. 585, 58,29 Proz., abgeg. Stimmzettel 341, CDU 823, Unabh. 869, Sitze: CDU 5, Unabh. 4.

Wescke: Wahlber. 1405, 77,57 Proz., abgeg. Stimmzettel 1090, CDU 4897, KPD 58, Unabh. 991, Sitze: CDU 12.

Velen-Dorf: Wahlber. 861, 72 Proz., abgeg. Stimmzettel 695, SPD 102, CDU 1597, Sitze: CDU 12.

Waldveelen: Wahlber. 409, 63,30 Proz., abgeg. Stimmzettel 259, CDU 369, Unabh. 480, Sitze: CDU 5, Unabh. 7.

Nordveelen: Wahlber. 399, 63,20 Proz., abgeg. Stimmzettel 252, CDU 196, Unabh. 811, Sitze: CDU 2, Unabh. 7.

Ramsdorf-Stadt: Wahlber. 482, 81,9 Proz., abgeg. Stimmzettel 395, SPD 78, CDU 973, Sitze: CDU 9.

Ramsdorf-Kirchspiel: Wahlber. 1149, 74,76 Proz., abgeg. Stimmzettel 859, SPD 43, CDU 2076, Unabh. 320, Sitze: CDU 11, Unabh. 1.

Gesamtergebnis: Wahlber. 29 314, 72,95 Proz., abgeg. Stimmzettel 21 888, SPD 3972, CDU 67 640, KPD 549, Zentrum 7999, Unabh. 8399, Sitze: SPD 11, CDU 267, Zentrum 24, Unabh. 43.

Amtswahl im Kreise Borken

Amt Liedern-Werth: Wahlber. 4868, 64,20 Proz., abgeg. Stimmzettel 3302, FDP 181, CDU 6404, KPD 193, Zentrum 1633, Unabh. 503, Sitze: CDU 14, Zentr. 4.

Rhede: Wahlber. 4570, 80,1 Proz., abgeg. Stimmzettel 3660, SPD 2366, CDU 14 326, Sitze: SPD 1, CDU 17.

Marbeck-Raesfeld: Wahlber. 4757, 72,88 Proz., abgeg. Stimmzettel 3407, SPD 250, CDU 7410, Zentrum 481, Unabh. 1322, Sitze: CDU 17, Zentrum 1, Unabh. 3.

Amt Heiden-Reken: Wahlber. 5043, 66,05 Proz., abgeg. Stimmzettel 3331, SPD 1080, CDU 7581, KPD 43, Zentrum 2158, Unabh. 960, Sitze: SPD 1, CDU 17, Zentrum 3.

Amt Gemen-Wescke: Wahlber. 3092, 71,37 Proz., abgeg. Stimmzettel 2216, SPD 1266, CDU 4250, Zentrum 162, Unabh. 2150, Sitze: SPD 3, CDU 10, Unabh. 2.

Velen-Ramsdorf: Wahlber. 3514, 71,40 Proz., abgeg. Stimmzettel 2508, SPD 221, CDU 6346, Unabh. 1210, Sitze: CDU 16, Unabh. 2.

Gesamtergebnis: Wahlber. 25 841, 71 Proz., abgeg. Stimmzettel 18 484, SPD 3364, CDU 46 311, KPD 236, Zentrum 4470, Unabh. 4150, Sitze: SPD 5, CDU 91, Zentrum 8, Unabh. 7.

Rund 1 Million Tabakpflanzen versteuert

Von 11 300 Tabakpflanzern wurden 238 500 RM. Steuern entrichtet

Vor einigen Jahren hat das Reich den Kleingartenbau von Tabak freigegeben. Heute darf jeder auf seinem Grundstück bis zu 200 Tabakpflanzen heranziehen und den geernteten Tabak beliebig verwenden. Mit viel Lust und Liebe hat ein großer Teil der Raucher in den vergangenen Monaten im Garten und auf freiem Feld Tabak gepflanzt und die Kulturen gegut und gepflegt. Jedes Unkrautmalchen wurde ausgezogen und Dünger gestreut, damit der Ertrag möglichst groß würde. Ganz eilige Raucher haben seit einiger Zeit die ersten Blätter im Schnellverfahren trocken und fermentieren lassen, um wieder einmal markenfremden Tabak rauchen zu können. Die Stimmung der männlichen Bevölkerung hob sich gleichzeitig mit dem ersten selbstgeernteten Tabak.

Über den Tabakanbau im Bezirk des Hauptzollamts Borken erhielten wir folgende Zahlen: Rund 11 300 Pflanzern haben den Anbau von etwa 996 000 Pflanzen angegeben. Diese Zahl ergibt eine Steuereinnahme von rund 238 500 RM. Dem Leser mögen diese Zahlen zunächst recht hoch erscheinen. Wenn man aber den großen Bezirk, den das Hauptzollamt Borken zu verwalten hat, und die große Zahl der Tabakpflanzern betrachtet, so sind die Zahlen doch verhältnismäßig gering. Zum Hauptzollamt Borken gehören nämlich die Zollämter Borken, Bocholt, Anholt und Dorsten. Nach den Gesetzen der Militärregierung waren für 16—50 Pflanzen 12 RM, für 51—100 Pflanzen 24 RM, für 101—150 Pflanzen 36 RM, für 151—200 Pflanzen 48 RM, an Steuern bis zum 31. 7. 1946 bei der zuständigen Zollkassette zu entrichten. Ein Anbau von 15 Pflanzen war steuerfrei. Mit dieser steuerfreien Zahl haben sich jedoch die wenigsten Tabakpflanzern begnügt.

Die Zahl der angemeldeten Pflanzen wird zur Zeit von Zollbeamten nachgeprüft. Nach Angaben des Hauptzollamts ist noch mit einem ver-

stärkten Einsatz dieser Kommission zu rechnen; da die Ansicht vertreten wird, daß eine unverhältnismäßig große Zahl von Tabakpflanzern nicht versteuert wurde. Die Aufgabe der Kontrollbeamten ist es, die Höhe der Steuerhinterziehung festzustellen und die Sämlinge mit einem Nachdruck an ihre Pflichten als Steuerzahler zu erinnern. Daß diese Kontrollbeamten manches nette Erlebnis aus ihrer Arbeit berichten können, nimmt nicht wunder. Verschiedentlich wurde der Versuch gemacht, den Tabak dadurch zu tarnen, daß man ihn abwechselnd mit Maisstauden pflanzte. Die Beamten kamen schnell auf diese Schliche. Obwohl man von seiten der Zollbehörde nicht kleinlich ist — ein Mehranbau von einigen Pflanzen wird natürlich nicht bestraft — ließ sich bei einem Bauern eine Anzeige nicht vermeiden. Er hatte statt der erlaubten 200 rund 1000 Pflanzen angebaut. Das war des Guten zuviel. In diesem Falle ist eine empfindliche Geldstrafe zu erwarten. — Manche Pflanzern hatten zu 50 oder 100 Pflanzen angemeldet und versteuert. In Wirklichkeit hatten sie aber 200 Tabakstauden angebaut. Den prüfenden Beamten antworteten sie: „Ich hatte nur 100 gezählt; aber es können wohl auch einige mehr sein.“ — Andere hatten bereits vor dem 31. 7. die gesamten noch unreifen Blätter geerntet und diese neben den Stauden auf Dachböden und in Hallen zum Trocknen aufgehängt. Die findigen Zollbeamten fanden auch hier eine Lösung. Sie prüften an Hand der aufgehängten Stauden die Zahl des angebauten Tabaks nach und ließen die betr. Eigentümer ihr Scherflein für Vater Staat entrichten.

Manchmal waren die lieben Nachbarn so nett und meldeten die Zahl der angebauten Pflanzen beim Zollamt an.

Der Tabakzüchter rechnet in guten Jahren und bei guter Düngung mit einer Ernte von rund 10 kg (bei 200 angebauten Pflanzen). Rechnet man den Steuerbetrag von 48 RM. hierauf um, so kommt man immer noch recht billig in den Genuß des Rauchens.

Gemüse-, Obstbaum- und Bienenzucht

Vertreter des Gemüse- und Obstbaues, des Gartenbaus, der Kleingärtner und der Imkerei aus dem Kreise Borken und aus Bocholt trafen sich in Rhede, auf Veranlassung des Oberkreisdirektors Ministerialrats Dr. Strunden. Es wurde ein Kreisverein e. V. zur Förderung des Gemüse- und Obstbaus und der Bienenzucht Sitz Borken gegründet, dem der Kreis einen Beitrag zur Verfügung stellen wird, um die Anstellung eines hauptamtlichen Gemüse- und Obstbauinspektors zu ermöglichen. Durch Neubelebung der Ortsvereine, durch Einsetzung von Baumwärtinnen, intensive Beratungstätigkeit, Führungen durch musterartige Gemüse- und Obstbaubetriebe, Versorgung der Kleingärtner mit Kunstdünger und Hilfsmaßnahmen für die Imker soll die so dringend notwendige Förderung des Gemüse- und Obstbaus und der Bienenzucht erreicht werden.

Urteile des Militärgerichts

Im Amtsgericht Bocholt tatigte das Militärgericht und behandelte folgende Fälle: Hermann Volzing, 37 Jahre alt, Isselburg Nr. 16794, war wegen Einbruchdiebstahls in Entwendung von 50 kg Kartoffeln angeklagt. Urteil: 2 Monate Gefängnis mit sofortiger Verhaftung. Wilhelm Radstaak, 33 Jahre alt, Bocholt, Hofeldstr. 115, R. war angeklagt, weil er gemeinschaftlich mit Andreas Mrokie ein Fahrrad gestohlen hatte. Urteil: 2 Monate Gefängnis. Fritz Büttig, 26 Jahre alt, Boitrop, Trappengraben 12, B. war angeklagt, weil er Verbrechen- und Haushaltsgegenstände gegen hochwertige Lebens- und Nahrungsmittel wie Schinken, Speck, Butter und Eier eingetauscht hatte. Urteil: 1 Monat Gefängnis mit sofortiger Verhaftung. Wilhelm Büttig, 33 Jahre alt, Lüdenscheid, Mettlerwerk Nr. 447, B. war angeklagt, weil er Verbrechen- und Haushaltsgegenstände gegen hochwertige Lebens- und Nahrungsmittel wie Schinken, Speck, Butter und Eier eingetauscht hatte. Urteil: 1 Monat Gefängnis mit sofortiger Verhaftung.

Stadt Bocholt

Goldene Hochzeit. Anfang September feierten die Eheleute Bernhard Becking und Frau Katharina geb. Eiting, Annastraße, im Kreise ihrer Lieben das seltene Fest der goldenen Hochzeit. Der Jubilar ist 75, die Jubilarin 74 Jahre alt. Die Nachbarschaft nahm an diesem Feste regen Anteil.

Ein Ordensjubiläum. Sein 50. Ordensjubiläum konnte der Franziskanerpater Christosomos, Alfons van Oopen, in seinem Kloster in Mühlen (Oldenburg) im Kreise seiner Konfrater begehen. Pater Christosomos, der schon 41 Jahre als Priester im Weinberge des Herrn tätig ist, weilte in diesen Tagen in seiner Heimatstadt Bocholt, und aus diesem Anlaß fand in der Notkirche St. Georg ein feierliches Levitenamt im Beisein des Klerus, der Verwandten und einer größeren Glaubergemeinde statt. Mehrstimmige Gesänge des Kirchenchors verschönten die Feier.

Gartenland für Flüchtlinge. Anträge auf Zuweisung von Gartenland mit Angabe der Personenzahl pro Familie sind beim Flüchtlingsamt, Verwaltungsgebäude Gymnasium, Zimmer 9, zu stellen.

Frauen sind befreit. In der Öffentlichkeit sind Zweifel aufgetaucht, ob Hausfrauen sich an der Steinkaktion beteiligen müssen oder nicht. In der letzten öffentlichen Stadtverordnetenversammlung ist beschlossen worden, daß Frauen, auch kinderlose, so wie einen eigenen Haushalt führen, von der Steinkaktion befreit sind.

Baumstüben gratis. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß das Roden der Baumstüben im Stadtwald unentgeltlich erfolgen kann und daß die so gewonnenen Holzmenge nicht auf die eigentliche Zuteilung an Holz angerechnet werden.

Neues Leben im Jugend- und Altersheim

Das vormalig so schöne und in seiner Ausdehnung und modernen Einrichtung allen Ansprüchen gerecht werdende Jugend- und Altersheim wurde zu 65 Prozent zerstört. Im Juni d. J. wurde das Heim nach längerer Benutzung des erhaltenen rechten Flügels durch englische Truppen der Stadtverwaltung wieder übergeben. Durch ein Übereinkommen zwischen dieser und dem Kloster vom Guten Hirten, wonach alle organisatorischen und betriebswirtschaftlichen Fragen vom Kloster gelöst werden sollten, ist die Stadtverwaltung dieser Sorge entbunden. Mit der ihr eigenen Initiative leitete die sich um Bocholt so verdient gemacht Schwester Assistentin die Vorarbeiten ein, so daß der erhaltene Teil bald wieder seinem alten ursprünglichen Zweck dienen konnte; allerdings in der primitivsten Form, denn alle Einrichtungsgegenstände wie Möbel und Betten, Geschirr und Haushaltsgegenstände müssen mühsam wieder beschafft werden. Zudem warten die Räume auf notwendige Anstrich. In diesem Zusammenhang sei noch darauf hingewiesen, daß im Jahre 1934 die Klemensschwester durch die Nationalsozialisten des Hauses verwiesen und bei dieser Gelegenheit religiöse Plastiken, Bilder und Kruzifixe bei Privatleuten sichergestellt wurden. Das Heim bittet nun um Rückgabe, soweit sie bei dem Angriff nicht vernichtet sind. Das Haus beherbergt nun wieder 90 Personen und ist jeden Schmuckes bar. Des Hauses Tätigkeit ist selbstloser Dienst am Nächsten und verdient die Dankbarkeit der Bevölkerung. Darum möge jeder, der dazu in der Lage ist, zur Ausschmückung des Jugend- und Altersheimes beitragen.

Grundsteuer vom zerstörten Grundbesitz

Eine Frage, die in Bocholt immer wieder laut wurde und die mit zu den umstrittensten gehörte, war die der Grundsteuerzahlung für den durch Kriegseinwirkungen zerstörten Grundbesitz. Sie ist durch die Leitstelle der Finanzverwaltung für die britische Zone in Hamburg geklärt worden. Auf Grund dieser Entscheidung wird für den Stadtkreis Bocholt, wie der Stadtkämmerer in der letzten Sitzung der Stadtvertretung bekanntgab, für die Zeit vom 1. April 1946 bis zu der vom Alliierten Kontrollrat vorgesehenen Neuregelung der Grundsteuer folgende Regelung getroffen:

1. Die Grundsteuer wird nicht erhoben für die durch Kriegseinwirkungen zerstörten Grundstücke, die keinerlei Ertrag mehr haben.

2. Die Grundsteuer wird zum Teil erhoben für den Grundstücksanteil, der genutzt werden kann, wie z. B. Nutzung des Grundstückes als Garten, Lagerplatz und dergl., behelfsmäßig nutzbar gemachte Räume, Aufstellung eines Behelfsheimes und dergl.

3. Die Grundsteuer wird voll erhoben, wenn infolge der Beschädigungen der Gebäude oder des Grundstückes eine wesentliche Ertragsminderung nicht eingetreten ist.

Die nach dem bisherigen Verfahren für das Rechnungsjahr 1946 gewährten Grundsteuerermäßigungen werden, ohne daß es eines besonderen Antrages der Steuerpflichtigen bedarf, überprüft und bereits zuviel gezahlte Steuern erstattet.

Sportecke der WN.

TuS Haltern — TuS Borken 3:0

Das erste Spiel im Kampf um die Kreismeisterschaft im Bereich des Kreisrasensportverbandes Recklinghausen fand in Haltern zwischen dem TuS Borken und dem TuS Haltern statt. Nach ausgiebigem Spiel, in welchem Borken von ausgesprochenem Schicksal verfolgt wurde, konnte Haltern einen 3:0-Sieg erringen. Außerdem hat bereits nach einem Spielverlauf von 20 Minuten Borken bewährter Mittelstürmer aus, so daß er nur noch als Statist mitwirken konnte.

Gleich nach dem Anstoß drängten die Borkener, die den Wind im Rücken hatten, stark auf das gegnerische Tor. Der zahlenmäßige Erfolg blieb jedoch versagt. Als in der 15. Minute aus einem Gedränge heraus Haltern das erste Tor erzielen konnte, stand das Halbzeitergebnis bereits fest. — Im zweiten Spielabschnitt gelang es den Halternern, durch zwei weitere Tore in der 50. und 60. Minute auf 3:0 zu erhöhen. Nachdem nun der Borkener Mittelstürmer und der Torwart die Plätze gewechselt hatten, konnten die Rot-Weissen in den letzten 30 Spielminuten das Spiel an sich reißen. Sie konnten aber trotz aller Bemühungen und trotz allen Drängens kein Tor mehr erzielen. Bei Spielschluß stand das Ergebnis mit 3:0 Toren fest. Nach diesem Spiel wird die Mannschaft des TuS Borken nun Gelegenheit haben, im Rückspiel am kommenden Sonntag auf eigenem Platz die Niederlage wettzumachen.

Vom TuS Velen

Auf einer Vorbesprechung wurde die Auflösung aller Mitglieder bekanntgegeben. Der gesamte Vorstand stellte seine Ämter zur Verfügung. In Anwesenheit aller Sportfreunde von Velen wurde der neue Verein unter dem alten Namen TuS Velen aus der Taufe gehoben. Nachdem der Vereinsamtsleiter Anton Lensing dem alten Vorstand für seine treue und tatkräftige Arbeit gedankt hatte, ging man zur Wahl des neuen Vorstandes über. Fast einstimmig wurden folgende Mitglieder in den neuen Vorstand gewählt: 1. Vorsitzender: Alfons Lensing, 2. Vorsitzender: Josef Liestener, Schriftführer: Franz Reck, Hauptkassierer: Karl Kasse, Zum Jugendwart wurde Bernhard Grothuesmann bestellt.

